

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 05.02.2026

Anfrage:

Olympia: Öffentlichkeitsarbeit oder politische Werbung?

Der Influencer Paul Bunne¹, hat sich in einem unentgeltlichen Instagram-Beitrag positiv zur Münchner Olympiabewerbung geäußert. Sein Beitrag wurde jetzt von der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien beanstandet, weil er nicht als politische Werbung gekennzeichnet gewesen sei.

Interessant ist für die Landeshauptstadt München ist dieser Vorgang wegen der daraus folgenden grundsätzlichen rechtlichen Einordnung der Olympiabewerbung. Die Landeshauptstadt München hat nämlich in mehreren Stellungnahmen zur Kampagne „OlympiJa“ sowie zu begleitenden Maßnahmen (u. a. Fass-Fotopoint auf dem Oktoberfest) ausdrücklich erklärt, dass es sich hierbei nicht um politische Werbung, sondern um zulässige Öffentlichkeitsarbeit handle.

Wenn Äußerungen zur Olympiabewerbung auf Instagram als politische Werbung gewertet werden, wirft dies die Frage auf, ob die Stadt München mit Umfang, Intensität und Form ihrer eigenen Kampagne die Grenzen zulässiger staatlicher Öffentlichkeitsarbeit überschritten haben könnte.

Darum frage ich den Oberbürgermeister:

1. Teilt die Landeshauptstadt München die rechtliche Bewertung, dass Äußerungen zur Olympiabewerbung als politische Werbung kennzeichnungspflichtig sind, wie dies im Fall des Influencers Paul Bunne angenommen wurde?
2. Wenn die Landeshauptstadt München ihre Olympia-Kommunikation immer noch nicht als politische Werbung einstuft:
Wie erklärt sie dann, dass unentgeltliche Meinungsäußerungen privater Personen zur selben Sache als politische Werbung behandelt werden?
3. Nach welchen konkreten Kriterien unterscheidet die Landeshauptstadt München zwischen
 - a) zulässiger städtischer Öffentlichkeitsarbeit,
 - b) Werbung durch staatliche Stellen wie ein Staatsministerium und
 - c) politischer Werbung privater Dritter zur Olympiabewerbung?
4. Wird die Landeshauptstadt München aus diesem Vorgang für die Zukunft lernen und eine neutralere Position im Vorfeld von Bürgerentscheiden einnehmen?

Initiative:

Tobias Ruff, Fraktionsvorsitzender

¹ <https://www.instagram.com/paulbunne?igsh=aWszd2E3bTlYa2l4>